

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtgroßkass. Nr. 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postkassenkonto: Dresden 33 327

Kernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbmöndlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Miete und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Sächsische Schweiz

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingiechhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostrau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmiltz, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Inh. Walter Hiele
Verantwortlich: R. Rohrlapper

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gespaltene 35 mm breite Beizeile 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“
„Aus der Welt der Frau“, „Illustrierte Sonntagsbeilage“

Abdruck einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streit, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 140

Bad Schandau, Sonnabend, den 18. Juni 1927

71. Jahrgang

Für eilige Leser.

* Jetzt liegen hier die Resultate der diesjährigen Anmeldungen in die oberflächlichen Schulen vor. Nach den Berichten der polnischen Blätter sollen sich in die polnischen Schulen angemeldet haben in Kattowitz-Stadt 72% aller schulpflichtigen Kinder gegenüber 62% im Vorjahre, im Kreise Kattowitz 91% gegenüber 75%, in Königshütte 72% gegenüber 61%.

* Der Danziger Flieger Lehrer Schulz ist gestern nachmittag auf dem Danziger Langfuhrer Flugplatz mit seinem Segelflugzeug „Marianburg“ abgestürzt. Die Maschine wurde zertrümmert. Schulz erlitt Hautabrisse und eine leichte Gehirnerschütterung.

* Der Danziger Volkstag nahm gestern bei der Verabschiedung des Staatshaushaltes die von den Regierungsparteien eingebrachte Entschließung an, nach der der Senat alles tun solle, damit die polnischen Munitionsladungen im Danziger Hafengebiet aufhören. Sozialdemokraten und Kommunisten lehnten die Entschließung ab.

* Der Reichsparteitag des Zentrums ist für den 3. Juli nach Berlin einberufen worden, um u. a. die neuen Gesetzesentwürfe, insbesondere das Reichsschulgesetz, zu beraten. Die Verhandlungen über die Vereinigung der bayerischen Volkspartei mit dem Zentrum wurden einer besonders gebildeten Kommission zwecks weiterer Beratung übergeben.

Heute in Deutsch-Ostafrika.

Von Dr. Walter Hagemann, z. St. Darressalam.

Fürwahr, wir haben ein Recht, Kritik zu üben! Tanganjika, dieser „jüngste Teil des britischen Weltreiches“, ist eine völlig deutsche Schöpfung, und alle Kolonialschuldmärchen, die zur Rechtfertigung der nunmehr erfolgten Besitzergreifung von britischer Seite aufgetischt worden sind, haben die Wahrheit nicht verdecken können, daß Deutschland in dieser seiner ehemaligen Kolonie ein Meisterstück überreicher Kolonisationsarbeit vollbracht hat, die selbst von den ehemaligen Gegnern immer offener anerkannt werden muß.

Deutsch-Ostafrika hat durch englische Schuld wirtschaftlich auf das schwerste gelitten. Nach der englischen Befehls wurden sämtliche Deutschostafrikaner in ihr Vaterland abgehoben und enteignet und selbst die deutschen Missionen aus ihrem Wirkungsbereich vertrieben. Die Versteigerung des deutschen Eigentums, in einer Zeit schwerster Weltkrisen unternommen, kam einer Verschleuderung gleich und brachte die besten Pflanzungen aus europäischem Besitz in die Hände von Afrikanern. Die Ursache war eine zweifache: Zunächst gelang es der Regierung nicht, das englische Großkapital heranzuziehen; es war kolonial überfremdet und über das zukünftige politische Schicksal Tanganjikas im ungewissen. Zweitens hatte England den Indern Deutschostafrika als Kolonisationsgebiet versprochen und mußte es daher zulassen, daß die indische Kaufleute in den Küstengebieten deutsche Pflanzungen und Unternehmungen in größtem Umfange aufkauften. Für diese Indier bedeuteten die billig erstandenen Pflanzungen lediglich Rohbau- und Spekulationsobjekte. Dazu kam, daß die Baumwoll- und Gummipflanzungen infolge des Weltkrieges völlig unrentabel geworden waren und ebenso wie in anderen Weltteilen ihrem Schicksal überlassen wurden. Auf diese Weise haben es einige indische Großkaufleute zu riesigen Besitztümern gebracht, wie jener Karimji Iwanji, der heute über hundert deutsche Pflanzungen und 56 europäische Grundstücke in Darressalam besitzt. Man geht nicht ganz fehl, Tanganjika heute als indische Kolonie zu bezeichnen! Neben Indern traten einige Griechen und Italiener als Käufer auf, während an Engländern nie mehr als 50 in der Kolonie produktiv tätig gewesen sind. Die hohe Zahl der anwesenden Engländer ist lediglich auf den großen Apparat an Zivil- und Militärbeamten zurückzuführen, der den verschrieenen deutschen Bürokratismus völlig in den Schatten stellt, ohne ihn nach allgemeinem Urteil an Leistungsfähigkeit zu erreichen. Die allgemeine schlechte wirtschaftliche Lage des Mandatsgebietes zeigt sich am besten in der Tatsache, daß die Ein- und Ausfuhrziffern auf Bruchteile ihres Vorkriegsstandes zurückgegangen sind. Infolge der an den Jahresberichten des Mandatsgebietes allgemein geübten Kritik sah sich die Regierung gezwungen, besondere Anstrengungen zu seiner Förderung zu unternehmen; hervorzuheben ist Bewilligung einer Anleihe von 5 Millionen Pfund. Diese Anleihe sowie die Rückkehr der deutschen Ostafrikaner haben die Wirtschaftsverhältnisse des Mandatsgebietes von Grund auf verbessert!

Als am 1. Juli 1925 Tanganjika durch den Abschluß des deutsch-englischen Handelsvertrages für Deutsche wieder geöffnet wurde, kehrten viele „alte Afrikaner“ wieder an ihre Arbeitsstätte zurück, um den Wiederaufbau des Verlorenen in bescheidenem Umfange zu versuchen. Aber der Anfang war unendlich schwer. Die indischen Pflanzungsbesitzer erinnerten sich plötzlich, welche Werte ihre verwilderten Pflanzungen darstellten, und forderten von den deutschen Kaufleuten das Zehnfache zwanzigfache ihres Ertragspreises. So mußten sehr viele Deutsche wieder auf Neuland zu roden beginnen wie vor einem Menschenalter, als sie jung in die Kolonie kamen, oder sie mußten sich damit begnügen, als Pflanzungsleiter auf ihrem ehemaligen Eigentum im Dienst eines Afrikaners zu arbeiten. So beschäftigt der genannte Iwanji heute nicht weniger als 40 Deutsche auf seinen Pflanzungen! Auch eine große Anzahl von deutschen Handelsgesellschaften hat ihre Arbeit wieder aufgenommen, so die „Usagara“, die Deutschostafrikanische Handelsgesellschaft, die vor dem Kriege an der afrikanischen Ostküste führend war. Deutsche Techniker und Prospektoren sind wieder hinausgegangen, und auch deutsche Maschinen finden wieder ihren Weg nach Ostafrika. Die Zahl der Deutschen wird heute auf ungefähr 800 geschätzt, davon befinden sich etwa 400 im

Tangadistrikt. ... Hafenstadt Tanga, die ihre Bedeutung völlig eingebüßt hatte, beginnt wieder aufzublühen, und die Handelsziffern zeigen eine aufsteigende Linie.

Schwere Mißerfolge sind nicht ausgeblieben. Die erfahrenen Ostafrikaner mußten erkennen, daß sich die Verhältnisse seit der deutschen Zeit völlig verändert haben. Vor allem die Rentabilität der Landesprodukte. Zwar steht der Sisal wie bisher an der Spitze der ostafrikanischen Erzeugnisse und erzielt auf dem europäischen Markte, besonders auf dem deutschen, gute Preise. Dagegen sind an die Stelle von Baumwolle und Gummi Erdnuß und Cocos getreten, ferner stellen Kaffee und Getreide einen ständig wachsenden Teil der Ausfuhr dar. Vor allem aber muß heute mit der Geldherrschaft der Indier gerechnet werden, deren kaufmännische Gepflogenheiten wesentlich andere sind als die der Europäer. Der starke Minenerzport Katangas beginnt sich auf der Zentralbahn immer stärker bemerkbar zu machen. Die Bahn von Tabora zum Viktoriassee geht in diesem Jahre ihrer Vollendung entgegen, ebenso ist die Ausführung des Nyassabahnprojektes in Wäde zu erwarten. Die Usambarabahn hat bekanntlich im Weltkrieg eine Verbindung mit der Ugandabahn erhalten, sodas heute die Erzeugnisse dieses Bezirkes zum großen Teil über Niombassa statt über Tanga geleitet werden. Die Weiterführung der Usambarabahn bis nach Arusha, dem Mittelpunkt des reichen Pflanzungsgebietes, wird in diesem Jahre vollendet. Die Konkurrenz Niombassas macht sich nach Vollendung der dortigen großen Hafenanlagen immer mehr fühlbar.

Ferner hat Deutschostafrika dadurch eine große Veränderung erlitten, daß die volkreichen und bestbebauten nordwestlichen Eingeborenenbezirke von Ruanda und Urundi nach dem Kriege dem belgischen Kongostaat zugeschlagen wurden; damit verlor Tanganjika zwei Fünftel seiner Bevölkerung und drei Fünftel seines Viehbestandes. Außerdem wurde der Klonga-Zipfel an Portugal abgetreten, jenes Mündungsgebiet des Komumafusses, der die Grenze zwischen Mozambique und Deutschostafrika bildet.

Die politische Zukunft Tanganjikas liegt im Dunkeln. Zu wiederholten Malen hatten der Gouverneur Cameron und der britische Kolonialsekretär erklärt, daß an eine Rückgabe Deutschostafrikas nicht zu denken sei, zwar handle es sich um ein Mandat, aber um ein ewiges! Auch scheint es in der britischen Absicht zu liegen, ein großes Britisch-Ostafrika mit Tanganjika als Mittelpunkt und Sansibar, Kenya und Nyassaland als Provinzen zu bilden. Die Einführung britischer Freimarken mit dem Kopfe des Königs von England im Januar dieses Jahres ist ein Symbol der endgültigen Besitzergreifung. Wie dem auch immer sei, uns ist die Möglichkeit gegeben, wirtschaftlich zurückzuerzubern, was wir militärisch verloren haben, und im Wiederaufbau Deutschostafrikas einen neuen Beweis kolonialer Befähigung zu erbringen.

Schluß in Genf.

Die 45. Tagung des Völkerbundes ist am Freitag nachmittag geschlossen worden. In der letzten öffentlichen Sitzung verhandelte der Rat vor allem über Flüchtlingsfragen und Danziger Angelegenheiten. Die Entscheidung über das polnische Munitionslager auf der Westerplatte bei Danzig wurde auf den September vertagt mit dem ausdrücklichen Bemerkten, daß diese Entscheidung keinerlei Präjudiz für den im September zu fällenden Beschluß darstellen dürfe. In einer der letzten öffentlichen Sitzungen folgenden Geheim Sitzung wurde die Priorität der Danziger Staatsanleihe vor der Danziger Hafenanleihe aufgehoben. Dieser Beschluß hat zur Folge, daß nunmehr sofort mit den Hafearbeiten in Danzig begonnen werden kann.

In der vorausgegangenen Geheim Sitzung des Völkerbundes richtete der Sekretär des Völkerbundes an den Rat die Anfrage, wie er sich zur Ernennung eines deutschen Mitgliedes in die Mandatskommission stelle, die als möglich im Budget für 1927 vorgesehen sei. Die Anfrage ist der Mandatskommission überwiesen worden, an einer Erledigung im Sinne der deutschen Auffassung dürfte nach der einmütigen Stellungnahme der Ratmitglieder nicht zu zweifeln sein.

Die deutsche Delegation zum Konferenzende

Genf, 17. Juni. Von Seiten der deutschen Delegation wird heute nochmals nachdrücklich allen Pressemeldungen entgegengetreten, nach denen in Genf über eine antirussische Einheitsfront gesprochen worden wäre. Zu der Herabsetzung der Besatzungstruppen und der Kontrolle der Ostschleifungen wird erklärt, daß eine endgültige Regelung zurzeit noch nicht so weit erzielt worden sei, um darüber Abschliefendes sagen zu können. Zur Diskussion dieser Fragen wird sich in nächster Zeit noch Gelegenheit in Berlin bieten. Man dürfe jedoch annehmen, daß die Frage der Ostbesetzungen endgültig geregelt werden könne. Es wird weiter mitgeteilt, daß während der Tagung eine Beratung der Befehlsmächte vorgesehen war, die infolge Briands vorzeitiger Abreise nicht mehr stattfinden konnte.

Abreise der Genfer Delegierten.

Genf, 17. Juni. Im Laufe des heutigen Abends haben bereits zahlreiche Völkerbundsdelegationen Genf verlassen. Auch Paul Boncour fährt heute abend nach Paris zurück, Dr. Stresemann dagegen verbleibt noch morgen zu einigen Besprechungen in Genf und reist erst am Sonntag früh nach Berlin

ab. Auf Wunsch Dr. Stresemanns wird das Kabinett noch im Laufe des Montags seinen Genfer Bericht entgegennehmen.

Der Völkerbundsrat wird am 1. September in Genf wieder zusammentreten. Die Völkerbundsversammlung wird zum 5. September einberufen.

Deutschenverhaftungen in Rußland?

Keine neue Note an Polen.

Nach einer aus Moskau in Berlin eingelaufenen Meldung sollen vier oder fünf Deutsche in Moskau verhaftet worden sein. Unter den Verhafteten sollen sich ein Dr. J ü r n s und ein E r n s t T h i e d e befinden, die übrigen Namen sind nicht bekannt. Die Inhaftierten werden der Spionage beschuldigt und sind ins Gefängnis der G. P. U., der Nachfolgerin der Tscheta auf politischem Gebiet, übergeführt worden.

Wie man in Berlin hört, hat das deutsche Auswärtige Amt sofort eine Anfrage wegen dieser Angelegenheit an die deutsche Botschaft in Moskau gerichtet. Vor einiger Zeit ist bekanntlich der deutsche Kommunist D o b b e r t mit der Beschuldigung des Verrats verhaftet und alsbald hingerichtet worden, seine Frau und sein Kind wurden nach Sibirien verschickt. Die Befragungen des deutschen Auswärtigen Amtes wurden dahin beantwortet, daß D o b b e r t inzwischen die russische Staatsangehörigkeit erworben habe und deshalb keine Verantwortung vor Deutschland gegeben sei. Auch ein Hamburger Kapitän namens W e r n e r wurde vor kurzem unter ähnlichen Anschuldigungen in Petersburg verhaftet und wird festgehalten.

Der Telegraphenagentur der Sowjetunion wird offiziell mitgeteilt, daß die Meldung, wonach die Sowjetregierung beabsichtige, an die polnische Regierung eine neue Note abzuschicken, ohne die Antwort der polnischen Regierung auf die jüngste Sowjetnote abzuwarten, nicht der Wahrheit entspricht.

Ferner wird amtlich gemeldet, die von der Auslandspresse wiederholt verbreitete Meldung über die Verhängung des Kriegsstandes über Moskau und Leninograd, über Mobilmachung in der Ukraine und angebliche Waffenrepräsentanten in verschiedenen Städten der Sowjetunion seien Erfindungen. Jeder Grundlage entbehren die Meldungen von der Erschießung weiterer 28 Offiziere in Moskau sowie von Massenerschießungen in Mladivostok, Tscheljabinsk, Tiflis, Charlow und anderen Städten.

Urteilsmilderung im Falle Kowerda.

Warschau, 17. Juni. Die Frage der Milderung des Urteils gegen Kowerda ist auf einige Zeit hinausgeschoben worden. Amtlich heißt es, dies sei darauf zurückzuführen, daß der Staatspräsident sich auf eine mehrtägige Reise nach Dublin und Paris begeben habe.

Jani schwer erkrankt.

Warschau, 17. Juni. Heute waren hier Meldungen verbreitet, daß der polnische Offizier Jani, der in Winkl verhaftet worden ist, hingerichtet sein soll. Das Außenministerium teilt jedoch mit, daß diese Gerüchte falsch sind. Vielmehr ist Jani schwer erkrankt und befindet sich in sehr bedenklichem Zustande im Minister Krankenhaus.

Die russisch-polnische Spannung.

Warschau, 17. Juni. Wie aus Moskau gemeldet wird, wurde im Rat der Volkskommissare in einer außerordentlichen Sitzung beschlossen, bis auf weiteres keine Note an die polnische Regierung zu richten, bis Rosengolz aus Warschau zurückgekehrt sei. Rosengolz soll erst über den Prozeß Bericht erstatten. Außerdem beschloß der Rat der Volkskommissare, die polnische Regierung zu benachrichtigen, daß die Sowjetregierung nicht imstande sei, einen neuen Gesandten nach Warschau zu schicken, da das milde Urteil gegen Kowerda keine genügende Garantie für die persönliche Sicherheit des Sowjetgesandten biete. Dies würde eine verkappte Form des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen zwischen Sowjetrußland und Polen bedeuten.

Ein Gnadengesuch der 32 ehemaligen russischen Offiziere.

London, 17. Juni. Wie hier verlautet, sollen die durch die G. P. U. in Winkl zum Tode verurteilten 32 ehemaligen russischen Offiziere ein Gnadengesuch eingereicht haben.

Mächte-Intervention in Belgrad.

Belgrad, 17. Juni. In diplomatischen Kreisen wird dem heutigen Besuch des französischen Gesandten in Belgrad, Darde, beim Außenminister Dr. Marinkowitsch große Bedeutung beigemessen. Man glaubt, daß bei diesem Besuch Darde auf Anordnung seiner Regierung das Terrain für eine gemeinsame Intervention der Mächte in Belgrad vorbereitet. Dieser gemeinsame Schritt der Mächte soll spätestens in einem bis zwei Tagen erfolgen.